

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit MSAG,
Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeyden
Prof. Dr. Alfred Bergmann
Prof. Dr. Wulf Goette
Prof. Dr. Jürgen Götz
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Prof. Dr. Dieter Leuring
Prof. Dr. Hanno Merkt
Prof. Dr. Peter O. Mühlbert
Dr. Bernhard Schaub
Dr. Kersten von Schenck
Dr. Sven H. Schneider
Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
Harm Peter Westermann
Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

- M. Henssler/D. Markworth*
Interne Stellvertretung bei Vorstandsbeschlüssen
einer privatrechtlichen Stiftung 441
- N. Unmuth*
Anwesenheitspflicht der Organmitglieder in der
Hauptversammlung 448
- B.-A. Lau/D. Schwartz*
Richtlinie für ein präventives Restrukturierungs-
verfahren – Analyse und Umsetzungsempfehlungen 450
- KG*
Treuwidriger Einziehungs- oder Abtretungsbeschluss
im Fall einer Anteilspfändung durch die Gesellschaft 460
- OLG Köln*
Löschung eines aufgrund der Eröffnung eines
ausländischen Insolvenzverfahrens im Grundbuch
eingetragenen Insolvenzvermerks 462
- BGH*
Unwirksamkeit nachträglich erteilter Genehmigung
eines unberechtigten Forderungseinzugs 464
- BFH*
Auflösung von Unterschiedsbeträgen bei Ausscheiden
eines Gesellschafters 468
- BFH*
Endgültige Einnahmelosigkeit einer Kapitalbeteiligung
als rückwirkendes Ereignis 473
- OLG Hamm*
Mitgliedschaft oder Beteiligung an einem Verein,
einer Genossenschaft oder einer Personengesellschaft
als hofzugehöriges Recht 479



C.H. BECK

17. April 2020

23. Jahrgang S. 441–480



8250202012

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 12/2020

Inhalt

Aufsätze		<i>M. Henssler/D. Markworth</i> , Interne Stellvertretung bei Vorstandsbeschlüssen einer privatrechtlichen Stiftung	441
		<i>N. Unmuth</i> , Anwesenheitspflicht der Organmitglieder in der Hauptversammlung	448
		<i>B.-A. Lau/D. Schwartz</i> , Richtlinie für ein präventives Restrukturierungsverfahren – Analyse und Umsetzungsempfehlungen	450
Bericht		<i>M. Lück</i> , Neuere Entwicklungen in Brüssel – Der Corona Virus beherrscht auch in Brüssel die Arbeit der EU-Institutionen	458
Literatur		<i>J. Schmitt/R. Hörtnagl</i> , Umwandlungsgesetz/Umwandlungssteuergesetz (Red.)	459
		<i>F. Drinhausen/H.-M. Eckstein</i> , BeckHdB der AG (Red.)	459
Rechtsprechung			
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>			
KG	9. 3.20 – 2 U 80/19	Treuwidriger Einziehungs- oder Abtretungsbeschluss im Fall einer Anteilsfändung durch die Gesellschaft	460
<i>Kapitalmarktrecht</i>			
OLG Frankfurt a.M.	29. 1.20 – 17 U 586/19	Risikoauflärung durch Prospektübergabe bei Erwerb eines “unechten Blind-Pools“ (Ls.)	462
<i>Verfahrens- und Kostenrecht</i>			
OLG München	11. 3.20 – 31 Wx 341/17	Erfolgreiche Anträge auf Erhöhung der Abfindung/des Ausgleichs in Spruchverfahren – Außergerichtliche Kosten (Ls.)	462
<i>Insolvenzrecht</i>			
OLG Köln	21. 10. 19 – 2 Wx 275/19	Löschung eines aufgrund der Eröffnung eines ausländischen Insolvenzverfahrens im Grundbuch eingetragenen Insolvenzvermerks	462
BGH	12. 12. 19 – IX ZR 27/19	Unwirksamkeit nachträglich erteilter Genehmigung eines unberechtigten Forderungseinzugs	464
<i>Arbeitsrecht</i>			
BAG	22. 10. 19 – 9 AZR 98/19	Mitwirkungsobliegenheiten des Arbeitgebers bei der Urlaubsgewährung und die Folgen (Ls.)	467
BAG	19. 11. 19 – 7 AZR 582/17	Begrenzung der Hauptleistungspflichten des Arbeitsverhältnisses auf Saison – Bademeister (Ls.)	468
<i>Sozialrecht</i>			
SG Karlsruhe	4. 12. 19 – S 2 BA 436/19	Anforderungen für die Selbstständigkeit eines Gesellschafter-Geschäftsführers bei gesellschaftsvertraglich vereinbartem Anciendätenrecht (Ls.)	468

Steuerrecht

BFH	28. 11. 19 – IVR 28/19	Auflösung von Unterschiedsbeträgen bei Ausscheiden eines Gesellschafters	468
BFH	25. 7. 19 – IVR 51/16	Endgültige Einnahmlosigkeit einer Kapitalbeteiligung als rückwirkendes Ereignis	473
BFH	14. 11. 18 – IIR 63/15	Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer	475
BFH	18. 7. 19 – VII R 9/19	Kostenentscheidung bei übereinstimmenden Erledigungserklärungen nach Entscheidung des BVerfG	477
FG Düsseldorf	28. 1. 20 – 10 K 2166/16 E	Steuerliche Behandlung eines Forderungsausfalls aus Gesellschafterdarlehen (Ls.)	478
FG Münster	4. 9. 19 – 4 K 1538/16 EG	Fiktion eines Zuflusses im Zeitpunkt der Fälligkeit bei Ansprüchen des beherrschenden Gesellschafters gegen die Kapitalgesellschaft (Ls.)	478

Andere Rechtsgebiete

OLGHamm	29. 5. 19 – 10 W 73/18	Mitgliedschaft oder Beteiligung an einem Verein, einer Genossenschaft oder einer Personengesellschaft als hofzugehöriges Recht	479
---------	------------------------	---	-----

„Ich kann meine Fortbildung von zu Hause aus absolvieren“



Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare
Anwaltsfortbildung

Fel. 07066 - 90 06 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter

www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben



ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.; Telefon: (069) 75 60 91-0; Telefax: (069) 75 60 91-49; E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor Dr. Martin Weber (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H. BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht

zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H. BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.

Media-Beratung: Telefon (089) 3 81 89-687, Telefax (089) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (089) 3 81 89-604, Telefax (089) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Mehling.

Verlag: Verlag C.H. BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2020: Jährlich € 449,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 409,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 16,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (089) 3 81 89-750, Telefax: (089) 3 81 89-358, E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienstleistungs-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 13/2020



Inhalt

Aufsätze			
		<i>C. Schäfer</i> , Die virtuelle Hauptversammlung nach dem Corona-Gesetz – Aktionärsrechte und Anfechtungsmöglichkeiten	481
		<i>C. Simons/J. Hauser</i> , Die virtuelle Hauptversammlung – Aktuelle Praxisfragen unter dem Regime der „Corona“-Gesetzgebung	488
		<i>H. Wicke</i> , Die GmbH in Zeiten der Corona-Pandemie	501
		<i>S. Mock</i> , Gesellschafterdarlehen in Zeiten von Corona	505
		<i>M. Fisch</i> , Gesetzliche Erleichterungen für die Arbeitsweise von Vereinen und Stiftungen in der Corona-Krise – Arbeitsweise mit eingeschränkter und ohne physische Präsenz	512
Bericht		<i>A. Commandeur/J. J. Hübler</i> , Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht – Gesetz zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz (COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz – COVInsAG)	514
Rechtsprechung			
		<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>	
OLG Köln	27. 6.19 – 18 Wx 11/19	Bestellung eines Notgeschäftsführers bei Tod des Alleingeschäftsführers sowie der Gesellschafter (Ls.)	517
		<i>Insolvenzrecht</i>	
BGH	11. 2.20 – II ZR 427/18	Masseschmälerung durch Einziehungen von Vorauszahlungen auf debitorisches Konto	517
		<i>Steuerrecht</i>	
EuGH	17.10.19 – C-459/18	Vermeidung der Doppelbesteuerung – Unternehmen mit Betriebsstätte in einem anderen Mitgliedstaat (Ls.)	520

Chefredakteur Gerhard Hopf
Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer
Evidenzblatt Christoph Brenn, Helge Hoch, Eckart Ratz, Ronald Rohrer,
 Martina Weixelbraun-Mohr
Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

April 2020 **07**

289 – 336

Aktuelles

2. COVID-19-Gesetz – Gesetzgebung im Schnelldurchlauf

➔ 289

Beiträge

Wie kann das Recht das Klima schützen?

Daniel Ennöckl ➔ 302

Bindungswirkung des zivilgerichtlichen Geständnisses

Martin Trenker ➔ 293

Evidenzblatt

Vorsorgevollmacht – Bedenken des Grundbuchsgerichts

Joachim Pierer ➔ 314

Streitiger Rechtsweg für Aufteilungsansprüche nach Beendigung einer GesbR

Theresa Haglmüller ➔ 319

Mangelnde Sachverhaltsklärung als Grund für Verfahrensfortführung

➔ 322

Forum

VwGH erstmals zu „Beraten statt Strafen“ Manuel Neusiedler ➔ 333

ÖJZ aktuell 289

Beiträge

→ Bindungswirkung des zivilgerichtlichen Geständnisses 293

Das gerichtliche Geständnis ist eines der zentralen Bauelemente des Beweisverfahrens der österr Zivilprozessordnung. Seine Wirkung, namentlich die Frage, ob und inwieweit das Gericht an zugestandene Tatsachen gebunden ist oder hiervon abweichende Feststellungen treffen darf, ist zwischen Lehre und Rsp seit Langem umstritten. Es handelt sich dabei um eine Frage, deren Beantwortung nicht nur das ideologische Fundament jeder Zivilprozessordnung zwischen Verhandlungs- und Untersuchungsgrundsatz berührt, sondern gerade in den Rechtsmittelinstanzen immer wieder praktische Probleme bereitet, wie eine Vielzahl höchstrichterlicher Entscheidungen belegt.

Von *Martin Trenker*

→ Wie kann das Recht das Klima schützen? 302

Im Übereinkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C (wenn möglich auf 1,5°C) über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dies kann nur durch einen weitreichenden Umbau der derzeitigen Industrie- zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft erreicht werden. Welche rechtlichen Maßnahmen zum Schutz des Klimas bisher gesetzt wurden und wie diese bis dato (nicht) gewirkt haben, wird im Beitrag untersucht.

Von *Daniel Ennöckl*

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 309

OGH 24. 5. 2019, 8 ObA 53/18 d

43: Das unkündbare Dienstverhältnis in der Familien-GmbH

→ Exekutionsrecht 312

OGH 29. 8. 2019, 6 Ob 142/19 d

44: EV aufgrund ausländischen Schiedsverfahrens

→ Personenrecht 314

OGH 24. 9. 2019, 5 Ob 145/19 p

45: Vorsorgevollmacht – Bedenken des Grundbuchsgerichts

Mit Anmerkung von *Joachim Pierer*

→ Versicherungsvertragsrecht 317

OGH 20. 3. 2019, 7 Ob 39/19 i

46: Keine Privathaftpflicht(mit)versicherung von Kindern als Lehrlingen im letzten Lehrjahr

→ Zivilverfahrensrecht 319

OGH 24. 10. 2019, 6 Ob 162/19 w

47: Streitiger Rechtsweg für Aufteilungsansprüche nach Beendigung einer GesbR

Mit Anmerkung von *Theresa Haglmüller*

→ Strafprozessrecht 322

OGH 14. 1. 2020, 11 Os 155/19 g

48: Mangelnde Sachverhaltsklärung als Grund für Verfahrensführung

OGH 14. 1. 2020, 14 Os 122/19 a, 123/19 y 325

49: Vollzugsbedingungen als Gegenstand von Erneuerung

EvBl-Leitsätze

→ Außerstreitverfahren 327

OGH 27. 11. 2019, 7 Ob 136/19 d

49: Rechtsmittellegitimation Angehöriger iZm sog „Umbestellungs“-Anträgen betreffend Erwachsenenvertreter (ErwV)

→ Bestandrecht	328
OGH 22. 10. 2019, 5 Ob 170/19i	
50: Anerkennung als Hauptmieter nur bei eindeutiger Umgehung	
OGH 18. 11. 2019, 8 Ob 87/19f	328
51: Aufkündigung des Kleingartenpachtvertrags	
→ Medienrecht	329
OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 156/19p	
52: Die Auffälligkeitskontrolle von Postings ist keine journalistische Tätigkeit	
→ Persönlichkeitsrecht	329
OGH 24. 10. 2019, 6 Ob 134/19b	
53: Das „dünne Tatsachensubstrat“ und die politische Wertung	
→ Zivilverfahrensrecht	329
OGH 18. 12. 2019, 5 Ob 181/19g	
54: Abwesenheitskuratorbestellung nur bei unbekanntem Aufenthalt	
→ Strafprozessrecht	330
OGH 12. 9. 2019, 12 Os 34/18v	
55: § 126 Abs 5 StPO gilt im Hauptverfahren nicht	
OGH 10. 12. 2019, 11 Os 149/19z	330
56: Subsidiarität von Fortführung gegenüber Antragstellung	

Forum

→ „Zwecklose“ EV zur Sicherung im Inland nicht durchsetzbarer Ansprüche?	331
Anmerkung zu OGH 29. 8. 2019, 6 Ob 142/19d	
Von Adrian Zwettler und Elisabeth Tretthahn-Wolski	
→ VwGH erstmals zu „Beraten statt Strafen“	333
Anmerkung zu VwGH 13. 8. 2019, Ra 2019/03/0068 und 0069, im Hinblick auf das neue Beratungsregime des § 33a VStG	
Von Manuel Neusiedler	

Sprache und Recht

→ Gestatten Sie mir eine Rettungsfrage?	336
Von Michael Rami	

Standards

→ Impressum	292
→ Buchbesprechungen	335

Chefredakteur Gerhard Hopf
Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer
Evidenzblatt Christoph Brenn, Helge Hoch, Eckart Ratz, Ronald Rohrer,
Martina Weixelbraun-Mohr
Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

April 2020 **08**

337 – 384

Aktuelles

Die nächsten drei COVID-19-Gesetze ➔ 337

Beiträge

**Aktuelle Änderungen durch
COVID-19 im Strafrecht** Martin Stricker ➔ 350

Bestandrechtliche Folgen der COVID-19-Pandemie
Alexander Edelhauser ➔ 341

Vom Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren
Eckart Ratz ➔ 353

Evidenzblatt

Die Verfahrenskosten im Abschöpfungsverfahren
Birgit Schneider ➔ 366

Beachtlichkeit des Motivirrtums bei der Testamentserrichtung
Severin Kietaihl ➔ 368

Diversions ➔ 373

Sprache und Recht

Folge gegeben voll gegeben Robert Fucik ➔ 384

ÖJZ aktuell 337

Beiträge

→ Bestandrechtliche Folgen der COVID-19-Pandemie 341
 – **gänzlich anders als im Regelfall?**

Zusammenfassung der Rechtsprechung (Stand 22. 3. 2020)

Der Beitrag bietet eine Zusammenfassung und Diskussion der bestandrechtlichen Folgen der Abwehrmaßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie. Im Vergleich zur Bestandzinsminderung des § 1096 ABGB und den Gefahrtragungsregeln des § 1107 ABGB bestehen erhebliche Unterschiede zu den Rechtsfolgen der §§ 1104ff ABGB, die im Artikel erörtert und diskutiert werden.

Von *Alexander Edelhauser*

→ Aktuelle Änderungen durch COVID-19 im Strafrecht 350

Das Virus SARS-CoV-2 und die dadurch verursachte Lungenkrankheit COVID-19 stellen derzeit die Welt auf den Kopf. Um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern oder zumindest eine Verlangsamung der Verbreitung zu erreichen, greift der österr Gesetzgeber zu drastischen Maßnahmen (s dazu das COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 2020/12). Davon betroffen ist auch die Justiz und mit ihr das **gerichtliche Strafrecht**. Während das materielle Strafrecht (bisher) nicht von Änderungen betroffen ist, hat der Gesetzgeber im **Strafverfahrensrecht** einige markante Neuerungen vorgenommen. Sie werden im Beitrag übersichtlich und prägnant dargestellt. Auch auf das Strafvollzugsrecht geht der Beitrag ein.

Von *Martin Stricker*

→ Vom Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren 353

Eine Reihe jüngster Entscheidungen des OGH befasst sich grundlegend mit Sachverhaltsklärung und Tatverdacht beim Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren. Strikte Beachtung ihrer Vorgaben ermöglicht präzise Gedankenführung vor Beginn und bei Leitung eines Ermittlungsverfahrens, bei der Entscheidung über das Einbringen, beim Abfassen und bei Vorprüfung einer Anklage und kann komplexe Strafverfahren entscheidend beschleunigen. StA, die ihre Darstellungspflichten bei der Anklageerhebung genau kennen, wissen am Ende auch, wie man UFeststellungen bekämpft oder ob man besser darauf verzichtet.

Von *Eckart Ratz*

Evidenzblatt

→ Unternehmensrecht 361

OGH 24. 9. 2019, 8 Ob 84/19 i

50: Der Provisionsanspruch des Personalvermittlers bei Auflösung in der Probezeit

→ Sozialversicherungsrecht 363

OGH 7. 5. 2019, 10 ObS 30/19 p

51: „Schwerarbeit“ durch Behinderten-Fachbetreuer

→ Insolvenzrecht 366

OGH 25. 10. 2019, 8 Ob 63/19 a

52: Die Verfahrenskosten im Abschöpfungsverfahren

Mit Anmerkung von *Birgit Schneider*

→ Erbrecht 368

OGH 19. 9. 2019, 2 Ob 41/19 x

53: Beachtlichkeit des Motivirrtums bei der Testamentserrichtung

Mit Anmerkung von *Severin Kietaibl*

→ Gesellschaftsrecht 372

OGH 24. 9. 2019, 6 Ob 112/19 t

54: Keine Beendigung der Gründungsprivilegierung durch bloße Erklärung

→ Strafprozessrecht	373
OGH 7. 10. 2019, 14 Os 87/19d 55: Diversion	
OGH 3. 9. 2019, 14 Os 96/19b, 97/19z	375
56: Molekulargenetische Untersuchung	

EvBI-Leitsätze

→ Europäisches Zivilverfahren	377
OGH 16. 12. 2019, 8 Ob 126/19s 57: Der Gerichtsstand des Zusammenhangs	
→ Exekutionsrecht	377
OGH 19. 11. 2019, 3 Ob 204/19z 58: Die Behauptung der Erfüllung der Rechnungslegungspflicht führt grundsätzlich nicht zur Abweisung des Ex- oder des Strafantrags	
→ Sozialversicherungsrecht	378
OGH 17. 12. 2019, 10 ObS 162/19z 59: Unfallversicherungsschutz bei Achillessehnenriss	
→ Schuldrecht	379
OGH 27. 11. 2019, 6 Ob 97/19m 60: Teilderogation durch das neue Gewährleistungsrecht	
→ Urheberrecht	379
OGH 19. 12. 2019, 4 Ob 226/19t 61: Ein Lichtbildwerk erfordert individuelle Gestaltungsmittel, die festgestellt werden müssen	
OGH 21. 2. 2020, 4 Ob 13/20w	380
62: Für einfache Lichtbilder besteht Leistungsschutz des Unternehmensinhabers	
→ Strafprozessrecht	381
OGH 7. 10. 2019, 14 Os 110/19m 63: Fehlende rechtliche Erwägungen begründen keine Nichtigkeit	
→ Strafrecht	381
OGH 9. 10. 2019, 13 Os 55/19s 64: Mehrfacher Suchtgifthandel durch je für sich kleine Mengen nach Maßgabe tatbestandlicher Handlungseinheiten	

Sprache und Recht

→ Folge gegeben voll gegeben	384
Von Robert Fucik	

Standards

→ Impressum	340
→ Buchbesprechungen	382



Österreichische Post AG
Verlag Manz,
Gutheil Schoder Gasse 17,
1230 Wien
ISSN 2076-6208

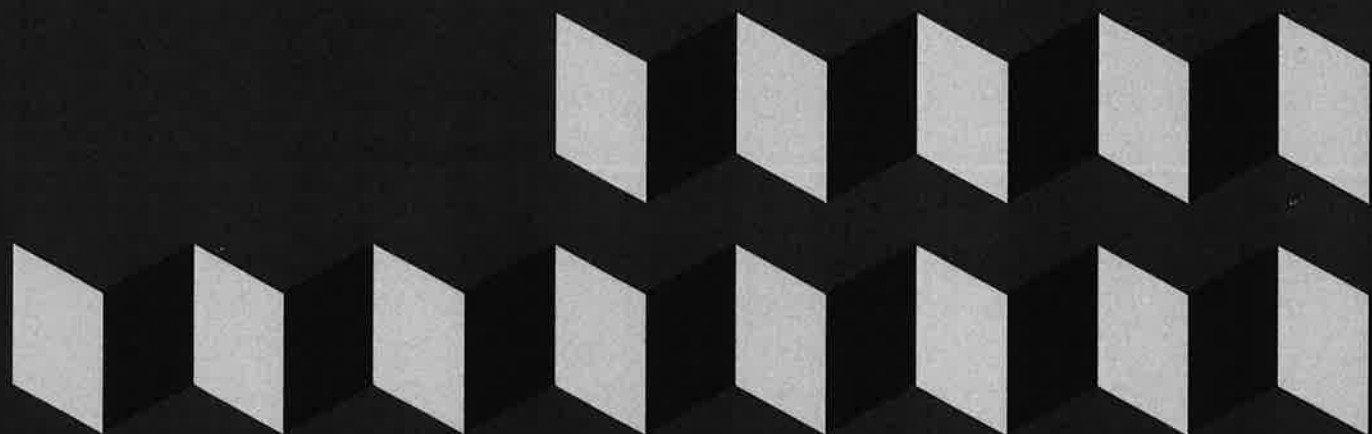


Die Privatstiftung **D3-Z191**

Nationales und internationales Stiftungsrecht

Schriftleitung

Johannes Gasser, Georg Kodek, Daniel Varro, Johannes Zollner



172 | Beiträge

Pflichtwidriges Handeln des organschaftlichen Vertreters

Helene Hayden

189 |

Vermietung von (Luxus-)Immobilien durch Körperschaften an Nahestehende

Bernhard Renner †

203 |

VfGH entschärft die stiftungssteuerliche „Mausefalle“

Andreas Kampitsch

210 | Rechtsprechung

Zur Frage, wer bei einer Privatstiftung wirtschaftlicher Berechtigter iSd § 153 StGB ist

- Editorial 169
 Von Johannes Gasser, Georg E. Kodek, Daniel Varro und Johannes Zollner

Beiträge

- Pflichtwidriges Handeln des organschaftlichen Vertreters 172
 Im Anschluss an die im Heft PSR 2019/2 erfolgte Vorstellung einer AT- und einer LI-Entscheidung zu verschiedenen Aspekten der organschaftlichen Vertretung der Stiftung widmet sich der Beitrag, ausgehend von der rezenten E 6 Ob 35/19v, den Grundlagen des sog „Missbrauchs“ der Vertretungsmacht. Dabei werden die konkrete Rechtsgrundlage, die Tatbestandsmerkmale und Rechtsfolgen des „Durchschlagens“ pflichtwidrigen Organhandelns auf das Außenverhältnis analysiert und dargelegt.
 Von Helene Hayden
- Zur geplanten Registeröffentlichkeit von hinterlegten Stiftungen 184
Kritische Überlegungen zur erweiterten Transparenz von Registerinformationen hinterlegter Stiftungen
 Geht es nach der liechtensteinischen Regierung, sollen künftig die Grundinformationen von hinterlegten Stiftungen im Handelsregister für jeden einsehbar sein, ohne dass ein berechtigtes Interesse bescheinigt werden muss. Diese Maßnahme soll der Bekämpfung von Geldwäscherei dienen. Dieser Beitrag hat zum Ziel, dem Leser einen kompakten Überblick über das in Vernehmlassung befindliche Gesetzesvorhaben zu verschaffen und zur Diskussion darüber anzuregen.
 Von Philipp Konzett
- Vermietung von (Luxus-)Immobilien durch Körperschaften an Nahestehende 189
Rechtsfolgen fremdunüblicher Gestaltungen
 Der Fiskus beobachtet Vermietungen von Körperschaften an ihr Nahestehende mit Argusaugen: Unter diesem Aspekt befassen sich daher aktuelle Aussagen des BMF mit der steuerlichen Behandlung von für Anteilshaber zur Befriedigung des persönlichen Wohnbedürfnisses angeschafften bzw hergestellten Immobilien iZm verdeckten Ausschüttungen. Sie enthalten neben einem „Prüfschema“ ua Ausführungen zum Mietenmarkt sowohl zur körperschaft- und umsatzsteuerlichen Beurteilung als auch zur Situation bei Privatstiftungen.
 Von Bernhard Renner †
- Vermietung von (Luxus-)Immobilien an Gesellschafter bzw Begünstigte von Körperschaften 197
 Die steuerliche Behandlung der Nutzungsüberlassung von Immobilien an Anteilshaber bzw Begünstigte oder Stifter einer Körperschaft war bislang im Schrifttum sehr umstritten. Der Beitrag geht der Frage nach, wie sich die bisherige Ansicht der österr Finanzverwaltung unter Berücksichtigung der Rsp des VfGH entwickelt hat, und wird sich insb der Frage nach der verdeckten Ausschüttung und den umsatzsteuerlichen Konsequenzen nach Wartung der Körperschaft- und Umsatzsteuerrichtlinien widmen.
 Von Yasemin Canbay, Jan Knesl und Pavel Knesl
- VfGH entschärft die stiftungssteuerliche „Mausefalle“ 203
 In einem – aus mehreren Gründen – beachtenswerten Fall, der die Finanzgerichtsbarkeit bereits seit längerem beschäftigt, hat sich der VfGH nunmehr (erstmalig) zur stiftungssteuerlichen Mausefalle geäußert und ausgesprochen, dass die steuerlich maßgeblichen Werte iSd § 15 Abs 3 Z 1 lit a EStG bei nicht mehr spekulationsverfangenen Wirtschaftsgütern iZm dem Widerrufsprivileg dem Verkehrswert des jeweiligen Wirtschaftsguts entsprechen und folglich in bestimmten Fällen die „Mausefalle“ Privatstiftung entschärft. Eine Gesetzesprüfung der Vorschriften über den Mausefalleneffekt wurde allerdings nicht eingeleitet.
 Von Andreas Kampitsch

Rechtsprechung

Stiftungsrecht Österreich

→ Zur Frage, wer bei einer Privatstiftung wirtschaftlicher Berechtigter
iSd § 153 StGB ist
OGH 10. 7. 2019, 13 Os 128/18z



Bericht

→ 12. Liechtensteinischer Stiftungsrechtstag 2019 213
Von Matthias Marxer

Stiftungsradar

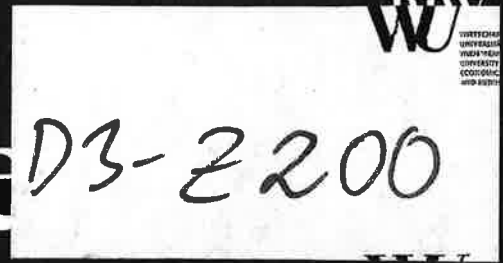
→ Stiftungsradar 214
Von Florian Dollenz, Christina Gruber und Pavel Knesl

Standards

→ Impressum 169



Recht der Internationale Wirtschaft



4 | 2020

Betriebs-Berater International

1.4.2020 | 66. Jg.
Seiten 169–244

DIE ERSTE SEITE

Dr. Ina Gerstberger

Rauchen, Dampfen, Kauen, aber keine „dicke Lippe“ riskieren? – Zum Streit um das Snus-Verbot

AUFSÄTZE

Klaus Vorpeil

Neuere Entwicklungen im englischen Handels- und Wirtschaftsrecht | 169

Dr. Markus Rübenstahl und Jonathan Wittig

Strafrechtliche Geldwäscherisiken in Italien für ausländische Unternehmen | 190

Daniel Neurath

Die Singapore Variable Capital Company – eine neue Gesellschaftsform im Recht Singapurs | 202

Professor Dr. Wojciech Stiller und Marwin Heinemann

Steuerliche Behandlung einer grenzüberschreitenden Kapitalrückzahlung | 207

LÄNDERREPORTE

Consuelo Molino Ortega, LL.M., und Dr. Alexander Steinmetz

Länderreport Spanien | 215

INTERNATIONALES WIRTSCHAFTSRECHT

EuGH: EuGVVO – keine automatische Erstreckung der ausschließlichen Gerichtsstands-klausel in Versicherungsverträgen für Großrisiken auf die Versicherten | 219

EuGH: Flughafenentgelte – Gleichbehandlung der Nutzer und Rechtbehelfsmöglichkeiten | 222

EuGH: Zugangsrecht unabhängiger Marktteilnehmer zu Online-Reparaturinformationen der Automobilhersteller – im Augenblick nur Lesezugriff | 229

BGH: Online-Reparaturinformationen des Automobilherstellers – Ersatzteilmaterie II | 232

BGH: Bestimmung des Insolvenzstatuts im Anfechtungsprozess – Beweislast des Anfechtungsgegners | 233

BGH: Vorlage an den EuGH – Inbox-Werbung | 235

INTERNATIONALES STEUERRECHT UND ZOLLRECHT

EuGH: Niederlassungsfreiheit: Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes (Steueransässigkeit) in andere EU-Staaten – keine Geltendmachung von Verlusten vor der Verlegung im aufnehmenden Mitgliedstaat | 236

EuGH: Niederlassungsfreiheit – ungarische Progressionssteuer auf Einzelhandelsumsätze | 239

Inhaltsverzeichnis

Die erste Seite

Rauchen, Dampfen, Kauen, aber keine „dicke Lippe“ riskieren? – Zum Streit um das Snus-Verbot
Dr. Ina Gerstberger, Rechtsanwältin, München

Aufsätze:

Neuere Entwicklungen im englischen Handels- und Wirtschaftsrecht
Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz 169

Strafrechtliche Geldwäscherisiken in Italien für ausländische Unternehmen
Dr. Markus Rübenstahl, Rechtsanwalt, Mag. iur., und Ass. iur. Jonathan Wittig, beide Frankfurt am Main 190

Die Singapore Variable Capital Company – eine neue Gesellschaftsform im Recht Singapurs
Daniel Neurath, Wiss. Mitarbeiter, Mainz 202

Steuerliche Behandlung einer grenzüberschreitenden Kapitalrückzahlung
Professor Dr. Wojciech Stiller und Marwin Heinemann, beide Berlin 207

Länderreporte:

Länderreport Spanien
Consuelo Molino Ortega, LL.M., Rechtsanwältin/ Abogada, Frankfurt am Main/Madrid, und Dr. Alexander Steinmetz, Mag. iur., Rechtsanwalt/ Abogado Inscrito, Frankfurt am Main/ Palma de Mallorca 215

Internationales Wirtschaftsrecht:

EuGH: EuGVVO – keine automatische Erstreckung der ausschließlichen Gerichtsstandsklausel in Versicherungsverträgen für Großrisiken auf die Versicherten (27. 2. 2020 – Rs. C-803/18) . . . 219

EuGH: Flughafenentgelte – Gleichbehandlung der Nutzer und Rechtbehelfsmöglichkeiten (21. 11. 2019 – Rs. C-379/18) 222

EuGH: Zugangsrecht unabhängiger Marktteilnehmer zu Online-Reparaturinformationen der Automobilhersteller – im Augenblick nur Lesezugriff (19. 9. 2019 – Rs. C-527/18) 229

BGH: Online-Reparaturinformationen des Automobilherstellers – Ersatzteilinformation II (30. 1. 2020 – I ZR 40/17) 232

BGH: Bestimmung des Insolvenzstatuts im Anfechtungsprozess – Beweislast des Anfechtungsgegners (12. 12. 2019 – IX ZR 328/18) 233

BGH: Vorlage an den EuGH – Inbox-Werbung (30. 1. 2020 – I ZR 25/19) 235

Internationales Steuerrecht und Zollrecht

EuGH: Niederlassungsfreiheit: Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes (Steueransässigkeit) in andere EU-Staaten – keine Geltendmachung von Verlusten vor der Verlegung im aufnehmenden Mitgliedstaat (27. 2. 2020 – Rs. C-405/18) 236

EuGH: Niederlassungsfreiheit – ungarische Progressionssteuer auf Einzelhandelsumsätze (3. 3. 2020 – Rs. C-323/18) 239

EuGH: Niederlassungsfreiheit – ungarische Progressionssteuer auf Umsätze im Telekommunikationssektor (3. 3. 2020 – Rs. C-75/18) 244

Rubriken:

RIW-Neue Bücher S. IV
RIW-Impressum S. IV

Geschäftsführung: Peter Esser (Sprecher), Sönke Reimers (Sprecher), Markus Gotta, Peter Kley, Holger Knapp

Leitender Redakteur: Dr. Roland Abele

Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Peter Berger, LL.M., Köln; Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Birk, Trier; Prof. Dr. Gudula Deipenbrock, Berlin; Prof. Dr. Dres. h. c. Werner F. Ebke, LL.M., Heidelberg; Prof. Dr. Horst Eidenmüller, LL.M., Oxford; Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Stephan R. Göthel, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Jan von Hein, Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Abbo Junker, München; Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Kindler, München; Christian Klein, Paris; Prof. Dr. Georg E. Kodek, LL.M., Wien; Prof. Dr. Herbert Kronke, Heidelberg; Prof. Dr. Ulrich Magnus, Hamburg; Prof. Dr. Peter Mankowski, Hamburg; Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg i. Br.; Prof. Dr. Christoph G. Paulus, Berlin; Prof. Dr. Thomas Pfeiffer, Heidelberg; Prof. Dr. Dörte Poelzig, M. jur., Leipzig; Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf A. Schütze, Stuttgart; Prof. Dr. Dr. Peter Sester, St. Gallen; Prof. Dr. Kurt Siehr, Hamburg; Prof. Dr. iur. Dipl. oec. Gerald Spindler, Göttingen; Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Stürner, Freiburg i. Br.; Klaus Vorpeil, Mainz; Prof. Dr. Bernd Waas, Frankfurt a. M.; Dr. Stephan Wilske, LL.M., Stuttgart.

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z158

RA

ÖSTERREICHISCHE
RICHTERZEITUNG

ORGAN DER RICHTERINNEN
UND RICHTER SOWIE DER
STAATSANWÄLTINNEN UND
STAATSANWÄLTE ÖSTERREICHS

04/20 | 98. Jahrgang

53 EDITORIAL

54 IMPRESSUM

55 WISSENSCHAFT

67 PERSONALIÄ

68 INTERNA

70 ENTSCHEIDUNGEN

70 Entscheidungsübersicht

72 Zivilsache Nr. 7

73 Strafsache Nr. 8

75 REZENSIONEN

U3 VERANSTALTUNGSKALENDER

EDITORIAL

Justizbudget: Trendwende trotz Krise?

VON CHRISTIAN HAIDER | SEITE 53

WISSENSCHAFT

Bundesgesetz betreffend Begleitmaßnahmen zu COVID-19 in der Justiz

VON ROBERT SCHROTT | SEITE 55

Interview: „Fragen der Dienstaufsicht – in einer Phase ganz anderer Probleme“

INTERVIEW MIT GERHARD NOGRATNIG | SEITE 57

Wann es für grenzüberschreitend tätige Unternehmen keine Übersetzung braucht – ein Beitrag zu Art 8 Nr 1 lit a EuZVO

VON JÜRGEN EXNER | SEITE 62

AB28816
Wirtschaftsuniversität Wien
Zeitschriftenmanagement
Welthandelsplatz 1 - Haus LC
1020 Wien

ÖSTERREICHISCHE POST AG, MZ 02Z030013 M
MOTOPRESS WERBE- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH
MARIAHILFER STRASSE 167/TOP 18, 1150 WIEN
WWW.RICHTERVEREINIGUNG.AT

Strafverteidiger Forum

WU
DB-Z 270

Heft 4 April 2020

G 26104

www.ag-strafrecht.de

Aktuell

Schriever, Europa im Überblick

Aufsätze

Lemke-Küch, Die Vorbereitungspflicht für den als Zeuge aussagenden Polizeibeamten – eine scheinbare Gewissheit

Nöding, § 76a Abs. 4 StGB: non-conviction-based confiscation

Entscheidungen

BVerfG: Mitteilungspflicht gilt auch dann, wenn eine Verständigung i.S.v. § 257c StPO letztlich nicht zustande gekommen ist

LG Augsburg: Datenkopien von Videoaufzeichnungen aus dem öffentlichen Raum, die zur Akte gelangt sind, unterfallen als Aktenbestandteil dem Akteneinsichtsrecht des Verteidigers

OLG Schleswig: Der Rechtsgedanke der §§ 818 Abs. 4, 819 BGB kann zur Interpretation des § 459g StPO nicht herangezogen werden

BGH: Ein Sparkassenangestellter nimmt Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahr, soweit die Sparkasse im Rahmen ihrer Tätigkeit als Kommunalbank tätig wird

BGH: Irrtum über eigene Arbeitgeberstellung oder die daraus resultierende Pflicht zum Abführen von Sozialversicherungsbeiträgen ist Tatbestandsirrtum *m. Anm. Lamsfuß*

BGH: Der Rechtsanwalt ist an sein nach § 14 Abs. 1 RVG einmal ausgeübtes Ermessen bei der Bestimmung der angefallenen Gebühr innerhalb des Gebührenrahmens gebunden

Herausgeber

RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht

RA Dr. Stephan Beukelmann

RAin Dr. Julia Exner-Kuhn

RAin Dr. Ines Kilian

RA Dr. Dirk Lammer

RA Prof. Dr. Werner Leitner

RAin Sonka Mehner

RA Jes Meyer-Lohkamp

RA Dr. Panos Pananis

RA Christof Püschel

RA Dr. Christian Rode

und die

Arbeitsgemeinschaft

Strafrecht des DAV

Redaktion

RA Dr. Stephan Beukelmann

RA Prof. Dr. Olaf Hohmann

RAin Dr. Ines Kilian

RA Dr. Dirk Lammer

RA Michael Rosenthal

Schriftleitung

RA Dr. Stephan Beukelmann

RA Prof. Dr. Olaf Hohmann



Aktuell

Schriever, Europa im Überblick

133

Aufsätze

Lemke-Küch, Die Vorbereitungspflicht für den als Zeuge aussagenden Polizeibeamten – eine scheinbare Gewissheit

134

Nöding, § 76a Abs. 4 StGB: non-conviction-based confiscation

139

Entscheidungen**Verfahrensrecht**

GG Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3; StPO § 243 Abs. 4: Mitteilungspflicht gilt auch dann, wenn eine Verständigung i.S.v. § 257c StPO nicht zustande gekommen ist

147

StPO § 32f: Datenkopien von Videoaufzeichnungen aus dem öffentlichen Raum, die zur Akte gelangt sind, unterfallen als Aktenbestandteil dem Akteneinsichtsrecht des Verteidigers

150

StPO § 144: Die Beiordnung eines weiteren Pflichtverteidigers kommt nur in Betracht, wenn der Prozessstoff so schwierig oder so umfangreich ist, dass er ausschließlich bei arbeitsteiligem Zusammenwirken zweier Verteidiger beherrscht werden kann

152

StPO § 222b; GG Art. 101 Abs. 1 S. 2: Zu den Anforderungen an die Zulässigkeit einer Neuverteilung bereits anhängiger Verfahren durch einen Geschäftsverteilungsplan

154

StPO § 329: Die gegen ein Verwerfungsurteil gem. § 329 Abs. 1 StPO allein erhobene Sachrüge veranlasst die Prüfung, ob die für das Verfahren erforderlichen Prozessvoraussetzungen vorliegen

157

OLG Köln, Beschl. v. 4.2.2020 – III-1 RVs 240/19

StPO § 459g Abs. 5 S. 1: Der Rechtsgedanke der §§ 818 Abs. 4, 819 BGB kann zur Interpretation des § 459g StPO nicht herangezogen werden

158

OLG Schleswig, Beschl. v. 30.1.2020 – 2 Ws 69/19

StPO § 222b; GVG § 76 Abs. 2 S. 3, Abs. 3: Der Besetzungseinwand nach § 222b StPO (n.F.) ist in der gleichen Form geltend zu machen wie die als Verfahrensrüge ausgestaltete Besetzungsrüge der Revision nach Maßgabe von §§ 344 Abs. 2, 309 Abs. 2 StPO

159

OLG Celle, Beschl. v. 27.1.2020 – 3 Ws 21/20

StPO § 500 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. BDSG § 75 Abs. 1, Abs. 2; StPO § 489 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 S. 3: Solange ein Ermittlungsverfahren nicht verjährt ist, kann die StA den zutreffenden Tatvorwurf speichern

161

BayObLG, Beschl. v. 27.1.2020 – 203 VAs 1846/19

JGG § 68 Nr. 5; StPO § 140 Abs. 1 Nr. 1: Ein Fall der notwendigen Verteidigung liegt auch in Jugendstrafverfahren u.a. dann vor, wenn zu erwarten ist, dass die Hauptverhandlung im ersten Rechtszug vor dem Schöffengericht stattfindet

162

StrEG § 9: Im Falle einer Einstellung des Verfahrens durch die StA kommt eine Grundentscheidung über die Feststellung einer Entschädigung regelmäßig nur dann in Betracht, wenn es sich um eine endgültige Einstellung des Ermittlungsverfahrens und nicht lediglich um eine Teileinstellung handelt

163

OLG Celle, Beschl. v. 29.1.2020 – 4 Ws 3/20

Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete

StGB §§ 11 Abs. 1 Nr. 2 lit. c, 331 ff.: Ein Sparkassenangestellter nimmt Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahr, soweit die Sparkasse im Rahmen ihrer Tätigkeit als Kommunalbank tätig wird

165

StGB §§ 266a, 16: Irrtum über eigene Arbeitgeberstellung oder die daraus resultierende Pflicht zum Abführen von Sozialversicherungsbeiträgen ist Tatbestandsirrtum

166

StGB § 306a Abs. 1 Nr. 1: Ein Gebäude ist teilweise zerstört, wenn ein einem Bewohner der Unterkunft zu Wohnzwecken zur Verfügung gestelltes Zimmer brandbedingt für beträchtliche Zeit unbewohnbar wird

169

Strafvollstreckung/Strafvollzug

StGB § 56c: Eine Weisung im Bewährungsbeschluss muss hinreichend bestimmt sein, anderenfalls ist sie unwirksam

171

Gebühren- und Kostenrecht

StPO § 465 Abs. 1 S. 1; InsO § 38: Vom Verurteilten zu tragende Kosten für die Vorbereitung der öffentlichen Klage stellen selbst dann keine Insolvenzforderungen i.S.v. § 38 InsO dar, wenn sie bereits vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründet wurden

171

OLG Celle, Beschl. v. 10.2.2020 – 2 Ws 43/20

RVG § 14 Abs. 1: Der Rechtsanwalt ist an sein nach § 14 Abs. 1 RVG einmal ausgeübtes Ermessen bei der Bestimmung der angefallenen Gebühr innerhalb des Gebührenrahmens gebunden

173

RVG § 51 Abs. 1 S. 1 und 3: Eine Pauschgebühr, die über die gesetzlichen Gebühren hinausgeht, wird nur bewilligt, wenn objektiv eine überdurchschnittliche anwaltliche Leistung erforderlich wird

174

BGH, Beschl. v. 15.1.2020 – 1 StR 492/15

BeamtStG § 45; VwV Rechtsschutz Sachsen: Auch bei Abschluss einer Vergütungsvereinbarung können einem Beamten zu ersetzende notwendige Kosten der Verteidigung vorliegen

175

Sächsisches OVG, Beschl. v. 8.1.2020 – 2 A 158/19

VersR ^{D3-Z135}

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Mit Jahresinhaltsverzeichnis 2019

Aus dem Inhalt

Seiten 385–448

7

Aufsätze

Christian Huber — Hinterbliebenengeld – wer kann wieviel verlangen? 385

Louis Henning — Zur Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in internationalen Versicherungsprogrammen 394

Rechtsprechung

Kein Erfordernis eines Sicherungsbedarfs für Gewinnabführung aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags nach § 302 AktG (OLG Stuttgart)
m. Anm. Thomas Broichhausen / Frederik Winter 403

Schutz der Geschäftsgeheimnisse des Versicherers im Gerichtsverfahren über Prämienanpassung (OLG Karlsruhe) 410

Verletzung „an Gliedmaßen“ durch Ruptur der Supraspinatussehne der Schulter (BGH) 414

Zulässige identifizierende Berichterstattung über die rechtswidrige Untervermietung von Wohnraum an sog. Medizintouristen (BGH) 429

Nichtgebrauch eines Rechtsmittels gegen Sachverständigengutachten in staatsanwaltlichem Ermittlungsverfahren (BGH) 433

Keine Befangenheit bei Begutachtung der Erstattungsfähigkeit einer selbst praktizierten Behandlungsmethode (BGH) 442

Versicherungsrecht

VersR

Versicherungsrecht

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Herausgeber und Hauptschriftleiter:

Prof. Dr. Manfred Wandt, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder der Schriftleitung:

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M., Mannheim (Kranken- und Unfallversicherung, Straßenverkehrsrecht), Dr. Jürgen Bürkle, Stuttgart (Versicherungsaufsichts- und Versicherungsunternehmensrecht), VRIOLG a.D. Lothar Jaeger, Köln (Berufshaftungs- und Amtshaftungsrecht), RA Dr. Theo Langheid, Köln (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, alle Versicherungszweige außer Haftpflicht- und Personenversicherung), Prof. Dr. Dirk Looschelders, Düsseldorf (Haftpflichtversicherung, Haftungsrecht, Sozialversicherungsrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht), Prof. Dr. Peter Reiff, Trier (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung, Vertriebsrecht, Prozessrecht).

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Walter Bayer, Jena; RA Dr. Gunne Bähr, LL.M., Köln; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Claus-Wilhelm Canaris, München; Prof. Dr. Meinrad Dreher, LL.M., Mainz; RA Dr. Joachim Grote, Köln; VRIOLG Dr. Gregor Gündlach, Hamm; RiBGH Marion Harsdorf-Gebhardt, Karlsruhe; RA Dr. Bodo Hasse, LL.M., München; Prof. Dr. Helmut Heiss, LL.M., Zürich; VRIOLG Dr. Ulrich Herrmann, Karlsruhe; Prof. Dr. Robert Koch, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Egon Lorenz, Mannheim; RA Dr. Bernd Michaels, Düsseldorf; VizepräsiBGH a.D. Dr. Gerda Müller, Karlsruhe; Prof. Dr. Petra Pohlmann, Münster; Prof. Dr. Roland Rixecker, Saarbrücken; Prof. Dr. Martin Schäuer, Wien; Prof. Dr. Andreas Spickhoff, München; VRIOLG a.D. Wilfried Terno, Karlsruhe; RiBGH Vera von Pentz, Karlsruhe; Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M., Berlin.

Inhalt

versr.de

Aufsätze

- Prof. Dr. Christian Huber, Aachen* – Hinterbliebenengeld – wer kann wieviel verlangen? 385
- Dr. Louis Henning, Hamburg* – Zur Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in internationalen Versicherungsprogrammen 394

Buchbesprechungen

- Lothar Jaeger* – Karl-Heinz Danzl, Handbuch Schmerzensgeld 402

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht

Lebensversicherung

Kein Erfordernis eines Sicherungsbedarfs für Gewinnabführung aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags nach § 302 AktG

(OLG Stuttgart, Urt. v. 14.11.2019 – 7 U 12/18)

m. Anm. Thomas Broichhausen / Frederik Winter 403

Inhalt

Krankenversicherung

Schutz der Geschäftsgeheimnisse des Versicherers im Gerichtsverfahren über Prämienanpassung

(OLG Karlsruhe, Beschl. v. 17.2.2020 – 12 W 24/19) 410

Krankentagegeldversicherung

Bedingungsanpassung nach § 164 Abs. 1 VVG wirkt nur für die Zukunft

(LG Köln, Urte. v. 12.2.2020 – 23 O 88/19) 413

Unfallversicherung

Verletzung „an Gliedmaßen“ durch Ruptur der Supraspinatussehne der Schulter

(BGH, Urte. v. 22.1.2020 – IV ZR 125/18) 414

Hausratversicherung

Wirksame Begrenzung des versicherungsrechtlichen Raubtatbestands

(KG, Beschl. v. 6.12.2019 – 6 U 98/19) 417

Gebäudeversicherung

Unerheblicher „Sowiesokosten“-Einwand des Versicherers hinsichtlich der Erstattungspflicht von Abriss- und Aufräumkosten

(OLG Dresden, Urte. v. 4.2.2020 – 4 U 1942/18) 418

Haftungsrecht

Anwaltshaftung

Anwalt muss die Zwangsvollstreckung mit den Möglichkeiten der ZPO zügig betreiben

(BGH, Urte. v. 19.9.2019 – IX ZR 22/17) 420

Kaufvertrag

Minderung des Kaufpreises beim Unternehmenskauf

(OLG Karlsruhe, Urte. v. 8.8.2019 – 9 U 79/17) 422

Notarhaftung

Hohe Kaufpreisaufschläge durch eine Partei vermitteln dem Notar nicht zwingend Kenntnis von unredlichem oder unerlaubtem Geschäft

(BGH, Urte. v. 5.12.2019 – III ZR 112/18) 425

Persönlichkeitsrecht

Zulässige identifizierende Berichterstattung über die rechtswidrige Untervermietung von Wohnraum an sog. Medizintouristen

(BGH, Urte. v. 17.12.2019 – VI ZR 504/18) 429

Sachverständigenhaftung

Nichtgebrauch eines Rechtsmittels gegen Sachverständigengutachten in staatsanwaltlichem Ermittlungsverfahren

(BGH, Urte. v. 24.10.2019 – III ZR 141/18) 433

Schenkung

Schenkungswiderruf wegen groben Undanks

(BGH, Urte. v. 22.10.2019 – X ZR 48/17) 436

Wettbewerbsrecht

Unlauterer Wettbewerb

Mitarbeiterabwerbung „von innen heraus“ durch Leitungskräfte des Mitbewerbers

(OLG Hamburg, Urte. v. 25.7.2019 – 3 U 12/16 [Ls.]) 439

Prozessrecht

Berufung

Umfang und Intensität der Überprüfung des Urteils erster Instanz durch das Berufungsgericht

(BGH, Beschl. v. 4.9.2019 – VII ZR 69/17) 439

Beweisverfahren

Beweisangebote eines Geschädigten zur Reparatur ihm nicht bekannter Vorschäden

(BGH, Beschl. v. 15.10.2019 – VI ZR 377/18) 441

Inhalt

Sachverständiger

Keine Befangenheit bei Begutachtung der Erstattungsfähigkeit einer selbst praktizierten Behandlungsmethode

(BGH, Beschl. v. 6.6.2019 - III ZB 98/18) 442

Auslandsrecht (Österreich)

Feuerversicherung

Auslegung einer Anerkennungsklausel in einem von einem Makler vermittelten Versicherungsvertrag

(OGH, Beschl. v. 20.3.2019 - 7 Ob 130/18 w) 445



Beratermodul Otto Schmidt ZIP

Otto Schmidt online

ZIP EWiR

Jetzt 4 Wochen gratis nutzen!

www.otto-schmidt.de/bmzip

VersR *DS-Z 212*

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Aus dem Inhalt

Seiten 449–512

Aufsätze

- Einiko Franz** — Offene Fragen bei Prämienanpassungen in der privaten Krankenversicherung gem. § 203 Abs. 2 VVG nach dem BGH-Urteil vom 19.12.2018 – IV ZR 255/17, VersR 2019, 283 **449**
- Jochen Lehmann / Sören Rettig** — Zusammen kommen wir weiter – Gemeinsame Verantwortlichkeit in Datenschutz und Versicherungsaufsichtsrecht **464**

Rechtsprechung

- Versterben des Mitglieds einer Pensionskasse vor Eintritt des Versicherungsfalles (OLG Hamm) **471**
- Kein Nachweis des „äußeren Bildes“ einer Entwendung mit unglaubwürdigem Zeugen (OLG Dresden) **475**
- Auskunftsanspruch des Rechtsschutzversicherers gegen den durch seinen VN beauftragten Rechtsanwalt (BGH) **476**
- Vollständige Leistungsfreiheit des Einbruchdiebstahlversicherers bei irreführenden Angaben zur Abgabe einer Vermögensauskunft (OLG Koblenz) **478**
- Unterscheidung zwischen „empfohlenen“ und „nicht empfohlenen“ Beiträgen bei der Bewertung von Unternehmen in einem Internetportal (BGH) **485**
- Insolvenzanfechtung der Prämienzahlungen an den Versicherer bei Sicherungsabtretung von Ansprüchen aus einer Lebensversicherung (OLG Saarbrücken) **491**
- Zulässigkeit der Veröffentlichung von Zitaten aus einem Anwaltsschreiben durch Presseunternehmen (BGH) **500**

8

Versicherungsrecht



Versicherungsrecht

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Herausgeber und Hauptschriftleiter:

Prof. Dr. Manfred Wandt, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder der Schriftleitung:

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M., Mannheim (Kranken- und Unfallversicherung, Straßenverkehrsrecht), Dr. Jürgen Bürkle, Stuttgart (Versicherungsaufsichts- und Versicherungsunternehmensrecht), VRIOLG a.D. Lothar Jaeger, Köln (Berufshaftungs- und Amtshaftungsrecht), RA Dr. Theo Langheid, Köln (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, alle Versicherungszweige außer Haftpflicht- und Personenversicherung), Prof. Dr. Dirk Looschelders, Düsseldorf (Haftpflichtversicherung, Haftungsrecht, Sozialversicherungsrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht), Prof. Dr. Peter Reiff, Trier (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung, Vertriebsrecht, Prozessrecht).

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Walter Bayer, Jena; RA Dr. Gunne Bähr, LL.M., Köln; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Claus-Wilhelm Canaris, München; Prof. Dr. Meinrad Dreher, LL.M., Mainz; RA Dr. Joachim Grote, Köln; VRIOLG Dr. Gregor Gundlach, Hamm; RiBGH Marion Harsdorf-Gebhardt, Karlsruhe; RA Dr. Bodo Hasse, LL.M., München; Prof. Dr. Helmut Heiss, LL.M., Zürich; VRiBGH Dr. Ulrich Herrmann, Karlsruhe; Prof. Dr. Robert Koch, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Egon Lorenz, Mannheim; RA Dr. Bernd Michaelst, Düsseldorf; Vizepräsident a.D. Dr. Gerda Müller, Karlsruhe; Prof. Dr. Petra Pohlmann, Münster; Prof. Dr. Roland Rixecker, Saarbrücken; Prof. Dr. Martin Schauer, Wien; Prof. Dr. Andreas Spickhoff, München; VRiBGH a.D. Wilfried Terno, Karlsruhe; RiBGH Vera von Pentz, Karlsruhe; Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M., Berlin.

Inhalt

versr.de

Aufsätze

- Dr. Einiko Franz, Köln* – Offene Fragen bei Prämienanpassungen in der privaten Krankenversicherung gem. § 203 Abs. 2 VVG nach dem BGH-Urteil vom 19.12.2018 – IV ZR 255/17, VersR 2019, 283 449
- Dr. Jochen Lehmann / Sören Rettig, Köln* – Zusammen kommen wir weiter – Gemeinsame Verantwortlichkeit in Datenschutz und Versicherungsaufsichtsrecht 464

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht

Sämtliche Versicherungszweige

Anforderungen an die Widerspruchsbelehrung gem. § 5a VVG a.F. (OLG Braunschweig, Beschl. v. 23.10.2019 – 11 U 84/19) 469

Lebensversicherung

Versterben des Mitglieds einer Pensionskasse vor Eintritt des Versicherungsfalls

(OLG Hamm, Beschl. v. 27.9.2019 – 20 U 135/19) 471

Inhalt

Haftpflichtversicherung

Bindungswirkung einer Verurteilung des VN im Adhäsionsverfahren für den Deckungsprozess gegen den Versicherer

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 31.10.2019 – 9 U 77/17) 472

Kfz-Kaskoversicherung

Kein Nachweis des „äußeren Bildes“ einer Entwendung mit unglaublichem Zeugen

(OLG Dresden, Urt. v. 19.11.2019 – 4 U 479/19) 475

Rechtsschutzversicherung

Auskunftsanspruch des Rechtsschutzversicherers gegen den durch seinen VN beauftragten Rechtsanwalt

(BGH, Urt. v. 13.2.2020 – IX ZR 90/19) 476

Einbruchdiebstahlversicherung

Vollständige Leistungsfreiheit des Einbruchdiebstahlversicherers bei irreführenden Angaben zur Abgabe einer Vermögensauskunft

(OLG Koblenz, Beschl. v. 28.8.2019 – 10 U 682/19; OLG Koblenz, Beschl. v. 8.11.2019 – 10 U 682/19) 478

Haftungsrecht

Beseitigungsanspruch

Pflicht des Straßenbausträgers zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entwässerung im Rahmen der Sanierung einer Straße

(BGH, Urt. v. 31.10.2019 – III ZR 64/18) 481

Eingriff in den Gewerbebetrieb

Unterscheidung zwischen „empfohlenen“ und „nicht empfohlenen“ Beiträgen bei der Bewertung von Unternehmen in einem Internetportal

(BGH, Urt. v. 14.1.2020 – VI ZR 495/18) 485

Insolvenz

Insolvenzanfechtung der Prämienzahlungen an den Versicherer bei Sicherungsabtretung von Ansprüchen aus einer Lebensversicherung

(OLG Saarbrücken, Urt. v. 18.12.2019 – 5 U 6/19) 491

Persönlichkeitsrecht

Zulässigkeit der Wiedergabe des Inhalts eines Anwaltsschreibens ohne wörtliche Zitate in einer Presseveröffentlichung

(BGH, Urt. v. 26.11.2019 – VI ZR 20/19) 497

Zulässigkeit der Veröffentlichung von Zitaten aus einem Anwaltsschreiben durch Presseunternehmen

(BGH, Urt. v. 26.11.2019 – VI ZR 12/19) 500

Prozessrecht

Rechtliches Gehör

Verstoß gegen rechtliches Gehör durch Überraschungsentscheidung

(BGH, Beschl. v. 24.9.2019 – VI ZR 418/18) 505

Rechtsmittelfrist

Anforderungen an eine substantiierte Darlegung des Wiedereinsetzungsgrundes

(BGH, Beschl. v. 16.4.2019 – VI ZB 33/17) 507

Auslandsrecht (Österreich)

Privathaftpflichtversicherung

Im vorweggenommenen Deckungsprozess ist für Frage der Deckung nur der vom Geschädigten behauptete Sachverhalt zugrunde zu legen

(OGH, Urt. v. 24.4.2019 – 7 Ob 142/18 k)
m. Anm. Maximilian Maier 509



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Professor Dr. Edgar Löw, Frankfurt a. M.
Handelsbilanzielle Einordnung des Sonderpostens nach § 340g HGB 625
- Rechtsanwälte Dr. Julian Schulze De la Cruz und
Dr. Philip M. Schmoll, Frankfurt a. M.
Tauschangebote nach WpÜG im Lichte der neuen Prospektverordnung 630

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- Bundesgerichtshof 26.2.2020 IV ZR 235/19 Ausschlussklausel für Schäden durch Sturmflut in einer Versicherung für Überschwemmungsschäden nach den „Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuerversicherung“ maßgebend nur für durch eine Sturmflut unmittelbar verursachte Schäden 638
- Bundesgerichtshof 4.3.2020 IV ZR 110/19* Zur Maßgeblichkeit der Person des Versicherten für die Verfügungsbefugnis, wenn der Anspruch auf Versicherungsschutz in der D&O-Versicherung aufgrund der vereinbarten Bedingungen nur durch die versicherte Person geltend gemacht werden kann; etwaige Insolvenz des Versicherungsnehmers unter diesen Umständen ohne Belang 641
- Bundesgerichtshof 11.12.2019 5 StR 486/19* Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Sparkassenangestellter Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnimmt 643

Gesellschaftsrecht

- Bundesgerichtshof 11.2.2020 II ZR 427/18* Masseschmälerung durch Einziehung einer Vorauszahlung auf ein debitorisches Konto unabhängig davon, ob die auf Vorauszahlung gerichtete Forderung der Gesellschaft zugunsten der Gläubiger hätte verwertet werden können; zur Frage, wie eine durch Insolvenzanfechtung erreichte Rückzahlung zu berücksichtigen ist, wenn sich die Anfechtung auf die Saldodifferenz in einem bestimmten Zeitraum bezieht 644
- Bundesgerichtshof 26.2.2020 XII ZR 51/19 Zur Frage, ob das Hinzusetzen eines (Firmen-)Stempels zu der Unterschrift eines von mehreren gesamtvertretungsberechtigten Geschäftsführern denjenigen, der die Unterschrift geleistet hat, als allein unterschreibsberechtigt für die Gesellschaft ausweist; zur Unwirksamkeit des formularmäßigen Ausschlusses des Konkurrenzschutzes in einem Einkaufszentrum bei gleichzeitiger Festlegung einer Betriebspflicht mit Sortimentsbindung des Mieters 648

Wettbewerbsrecht

- Bundesgerichtshof 29.10.2019 KZR 60/18 Zum Grundsatz der materiellen Anknüpfung für die Berufungszuständigkeit des Kartellsenats in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 87 GWB; zu den Voraussetzungen, unter denen die Berufung, über die gemäß § 119 GVG das allgemein zuständige Berufungsgericht zu entscheiden hat, bei dem für Kartellsachen zuständigen Oberlandesgericht fristwährend eingelegt werden kann; zur parallelen Anwendung der §§ 19, 20 GWB neben § 28 TKG 652

Bundesgerichtshof	18.2.2020	KZR 7/17	Zur Unwirksamkeit einer auf einer wettbewerbswidrigen Verhaltensabstimmung mehrerer, untereinander im Wettbewerb stehender Unternehmen erklärten Kündigung; zur Erstreckung dieser Wirkung auf die Kündigungserklärung eines Gemeinschaftsunternehmens , hinsichtlich dessen eigenen Verhaltens sich die übrigen beteiligten Unternehmen als dessen Gesellschafter abstimmen dürfen	657
Sonstiges				
Bundesgerichtshof	5.12.2019	III ZR 112/18*	Zur Indizwirkung einer großen Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis eines Grundstücks bei kurz aufeinanderfolgenden Verträgen für die Verfolgung unerlaubter oder unredlicher Zwecke, an welcher der Notar nicht mitwirken darf	659
Bundesgerichtshof	30.9.2019	AnwZ (Brgf) 32/18	Zur Abkürzung der Sperrfrist des § 7 Nr. 3 BRAO für die Wiederzulassung als Anwalt aufgrund einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung ; zur Bindung der Rechtsanwaltskammer an die im Disziplinarverfahren festgesetzte Abrechnung der Verfahrensverzögerung	663
Bücherschau				
	Dauner-Lieb/Heidel/Ring	BGB, Rom-Verordnungen, EuGüVO, EuPartVO, HUP EuErbVO, 3. Aufl. Rezensentin: Univ.-Prof. Dr. Dorothee Einsele, Kiel		667
	Heinz Thomas/Hans Putzo	ZPO, 40. Aufl.		668
	Ludwig Schmidt	ESTG, 38. Aufl.		668



16. WM-Lehrgang Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht

07.05. bis 21.11.2020

Informationen: Tel. +49 69 2732 553

WM Seminare



Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen. Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Vizepräsident des BGH Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorfstraße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: h.back@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,40) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,52 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARG Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.
 Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.
 ©2020 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main - ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

WM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****15**11. April 2020
74. Jahrgang
Seiten 669-716**WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**D3-Z187****Redaktion:**Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinVizepräsident des BGH
Prof. Dr. Jürgen Ellenberger,
KarlsruheRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelberg,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**AUS DEM INHALT:**

Seite 669

Rechtsanwälte Dr. Viviane Fröhling, Düsseldorf, und
David Issmer, Berlin
Das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-
Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht –
Wesentlicher Inhalt und vorläufige Analyse

Seite 677

Wiss. Mitarbeiter Philipp Knauth und
wiss. Mitarbeiter Jonah Krafczyk, Halle (Saale)
Sondergesetzgebung im Insolvenzrecht infolge der
COVID-19-Pandemie – Ein Überblick

Seite 684

EuGH, 11.3.2020 – Rs. C-511/17
Zur Auslegung von Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG
im Hinblick auf die Missbräuchlichkeit bestimmter Klauseln
in einem auf eine Fremdwährung lautenden Hypothekendar-
lehensvertrag und den Umfang der Prüfung durch das nation-
ale Gericht von Amts wegen

Seite 688

EuGH, 26.3.2020 – Rs. C-66/19
Zur Frage des Widerrufs eines Kreditvertrags

Seite 690

EuGH, 4.3.2020 – Rs. C-183/18
U.a. zur Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen
oder Geldbußen gegen juristische Personen und zur Pflicht
der unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen
Rechts

Seite 694

BGH, 27.2.2020 – IX ZR 337/18
Zur Anfechtung der Rückzahlung eines Darlehens durch die
spätere Schuldnerin an einen Dritten als Gesellschafterdarle-
henWERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Rechtsanwälte Dr. Viviane Fröhling, Düsseldorf, und David Issmer, Berlin
Das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht –
Wesentlicher Inhalt und vorläufige Analyse 669
- Wiss. Mitarbeiter Philipp Knauth und wiss. Mitarbeiter Jonah Krafczyk, Halle (Saale)
Sondergesetzgebung im Insolvenzrecht infolge der Covid-19-Pandemie – Ein Überblick 677

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- EuGH 5.3.2020 Rs. C-69/19 P* Zur Zulässigkeit von Rechtsmittelgründen, insbesondere zur Frage eines Fehlers der rechtlichen Qualifizierung von Tatsachen in Bezug auf ein Datum und die angemessene Frist sowie einer Verletzung von Art. 126 der Verfahrensordnung des EuG und der Verteidigungsrechte der Rechtsmittelführerin (im Voraus erhobene Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) für das Jahr 2016) 680
- EuGH 11.3.2020 Rs. C-511/17* Zur Auslegung von Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 93/13/EWG im Hinblick auf die Missbräuchlichkeit bestimmter Klauseln in einem auf eine Fremdwährung lautenden Hypothekendarlehensvertrag und den Umfang der Prüfung durch das nationale Gericht von Amts wegen 684
- EuGH 26.3.2020 Rs. C-66/19* Zum Umfang der Informationen, die nach Art. 10 Abs. 2 Buchst. p der Richtlinie 2008/48/EG (Verbraucherkreditverträge) in klarer, prägnanter Form anzugeben sind sowie zur Frage, ob diese Vorschrift entgegensteht, wenn ein Kreditvertrag hinsichtlich der in Art. 10 der Richtlinie 2008/48/EG genannten Angaben auf eine nationale Vorschrift verweist, die selbst auf weitere Vorschriften des betreffenden Mitgliedstaates verweist 688

Gesellschaftsrecht

- EuGH 4.3.2020 Rs. C-183/18 U.a. zur Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen oder Geldbußen, die gegen juristische Personen verhängt werden (hier: Auslegung des Begriffs „Juristische Person“ u.a. in Art. 1 Buchst. a und Art. 9 Abs. 3 des Rahmenbeschlusses 2005/2014/JI) und zur Pflicht der unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts 690

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 27.2.2020 IX ZR 337/18* Zur Frage, ob die Rückzahlung eines Darlehens durch die spätere Schuldnerin an einen Dritten, das dieser einem Gesellschafter gewährt hat und von diesem vereinbarungsgemäß als Darlehen an die Gesellschaft verwendet worden ist, als Gesellschafterdarlehen gegenüber dem Dritten angefochten werden kann 694

Sonstiges

- Bundesgerichtshof 8.10.2019 KZR 73/17* Zur marktbeherrschenden Stellung des Anbieters einer Internetnutzern unentgeltlich zur Verfügung gestellten Software zur Unterdrückung werbefinanzierter Internetangebote, der den Betreibern dieser Internetseiten die Freischaltung der blockierten Werbung gegen Entgelt anbietet, auf dem Markt der Eröffnung des Zugangs zu Nutzern, die seinen Werbeblocker installiert haben 696

Bundesgerichtshof	29.10.2019	KZR 39/19	Kein Ausschluss von Ansprüchen auf Schadensersatz oder Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung durch die Vorschriften des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in der bis zum 1.9.2016 geltenden Fassung über die Kontrolle der Wegeentgelte oder durch die Vorschriften der Richtlinie 2001/14/EG bei einem Verstoß eines Eisenbahninfrastrukturunternehmens gegen Art. 102 AEUV; Bestandskraft einer entsprechenden Feststellung der Bundesnetzagentur zur Durchsetzung solcher Ansprüche nicht erforderlich	702
Bundesgerichtshof	28.1.2020	KZR 24/17	Zur Feststellung des haftungsbegründenden Tatbestands eines kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs; zur Bedeutung der tatsächlichen Auswirkung einer Kartellabsprache auf einen Beschaffungsvorgang für die Schadensfeststellung, für die das Beweismaß des § 287 Abs. 1 ZPO gilt; keine Anwendung der Grundsätze des Anscheinsbeweises bei einem Quoten- und Kundenschutzkartell; in der Regel kein unmittelbarer Beweistritt für die Feststellung eines kartellbedingten Schadens durch das Angebot der Einholung eines Sachverständigengutachtens; zu den Maßstäben für die Behandlung von Beweisanträgen über Indiztatsachen und zur Berücksichtigung von Erfahrungssätzen	709

Bücherschau

Jan F. Hellwig	Verlustausgleich und Risikotragung, 1. Aufl.	715
	Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Jens-Hinrich Binder, LL.M., Tübingen	
Carsten Thomas Ebenroth/Karlheinz Boujong/Deflev Joost/Lutz Strohn	Handelsgesetzbuch: HGB, Band 1: §§ 1-342e, 4. Aufl.	716
Helmut Köhler/Joachim Bornkamm/Jörn Feddersen	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: UWG, 38. Aufl.	716

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Vizepräsident des BGH Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: h.back@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,40) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,52 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2020 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

WM
**WERTPAPIER-
 MITTEILUNGEN**

Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht

17

25. April 2020
 74. Jahrgang
 Seiten 761-810

WU
WIRTSCHAFTS
 UNIVERSITÄT
 WIEN VIENNA
 UNIVERSITY OF
 ECONOMICS
 AND BUSINESS

D3-Z187

Redaktion:

Rechtsanwalt
 Dr. Christopher Kienle,
 Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
 Dr. Andreas Lange,
 Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Tobias Lettl,
 Potsdam

Rechtsanwalt
 Dr. Helmut Merkel,
 Frankfurt a. M.

Arne Wittig,
 Essen

Redaktionsbeirat:

Rechtsanwalt
 Thorsten Höche,
 Berlin

Vizepräsident des BGH
 Prof. Dr. Jürgen Ellenberger,
 Karlsruhe

Rechtsanwältin
 Dr. Anna Heidelberg,
 Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
 Klaus J. Hopt,
 Hamburg

Richterin am BGH
 Ilse Lohmann,
 Karlsruhe

Prof. Dr. Peter O. Mülbert,
 Mainz

WERTPAPIER-
 MITTEILUNGEN
 TEIL IV

Postverlagsort Frankfurt a. M.

AUS DEM INHALT:

Seite 761

Univ.-Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. (Harvard), und
 Florian Wimmer, Berlin
 Die „juristische Person“ im europäischen Bank- und
 Kapitalmarktrecht



Seite 765

Akad. Rat Dr. Bernd Scholl, Dipl.-Kfm., LL.M., Köln
 Die vertragsrechtlichen Regelungen in Art. 240 EGBGB aus
 Anlass der COVID-19-Pandemie

Seite 773

EuGH, 2.4.2020 – Rs. C-228/18
 Zur Frage eines Verstoßes gegen Art. 101 Abs. 1 AEUV bei
 Vereinbarung zwischen Banken, die das Interbankenentgelt
 in einheitlicher Höhe festlegt

Seite 781

BGH, 3.3.2020 – XI ZR 461/18
 Zur Frage, ob der Vermieter oder Verpächter, der eine priva-
 te Vermögensverwaltung betreibt, seine Eigenschaft als Ver-
 braucher im Sinne des Verbraucherdarlehensrechts verliert,
 wenn er für die Umsätze aus Vermietung oder Verpachtung
 zur Umsatzsteuer optiert

Seite 784

OLG Köln, 20.12.2019 – I-20 U 209/19
 Zur Rückabwicklung eines fondsgebundenen Lebensversi-
 cherungsvertrags nach unvollständiger Widerrufsbelehrung



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Univ.-Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. (Harvard), und Florian Wimmer, Berlin
Die „juristische Person“ im europäischen Bank- und Kapitalmarktrecht 761
- Akad. Rat Dr. Bernd Scholl, Dipl.-Kfm., LL.M., Köln
Die vertragsrechtlichen Regelungen in Art. 240 EGBGB aus Anlass der COVID-19-Pandemie 765

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- EuGH 2.4.2020 Rs. C-228/18 Zur Frage eines Verstoßes gegen Art. 101 Abs. 1 AEUV bei Vereinbarung zwischen Banken, die das Interbankenentgelt in einheitlicher Höhe festlegt 773
- Bundesgerichtshof 3.3.2020 XI ZR 461/18* Zur Frage, ob der Vermieter oder Verpächter, der eine private Vermögensverwaltung betreibt, seine Eigenschaft als Verbraucher im Sinne des Verbraucherdarlehensrechts verliert, wenn er für die Umsätze aus Vermietung oder Verpachtung zur Umsatzsteuer optiert 781
- OLG Köln 20.12.2019 I-20 U 209/19 Zur Rückabwicklung eines fondsgebundenen Lebensversicherungsvertrags nach unvollständiger Widerrufsbelehrung 784

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 29.1.2019 VI ZR 481/17 Keine Befugnis des Leasingnehmers, der die Pflicht zur Instandsetzung des Leasingfahrzeuges gegenüber dem Leasinggeber und Eigentümer für jeden Schadensfall übernommen und im konkreten Schadensfall nicht erfüllt hat, ohne Zustimmung des Eigentümers vom Schädiger statt der Herstellung die fiktiven Herstellungskosten zu verlangen 785
- Bundesgerichtshof 9.10.2019 VIII ZR 240/18 Zur Berücksichtigung einer rein lebensaltersbedingten Steigerung des Sachmängelrisikos bei Tieren im Rahmen der Abgrenzung „neu“/„neu hergestellt“ und „gebraucht“ (hier für einen zum Zeitpunkt des Verkaufs weder gerittenen noch angerittenen und auch nicht einer sonstigen Verwendung [etwa Zucht] zugeführten Hengst); zu den Voraussetzungen, unter denen eine Klausel in Auktionsbedingungen des als Kommissionär für den Eigentümer tätig werdenden Verkäufers eines „gebrauchten“ Pferdes, die die gesetzliche Verjährungsfrist für Ansprüche des Käufers wegen eines Sachmangels des im Rahmen einer Versteigerung nach § 474 Abs. 2 Satz 2 BGB verkauften Tieres auf drei Monate nach Gefahrübergang abkürzt, der Inhaltskontrolle standhält 788

Bundesgerichtshof	30.10.2019	VIII ZR 69/18	Keine Sachmängelgewährleistung beim Verkauf eines Reitpferdes für folgenlos überstandene Krankheiten und Verletzungen (im Anschluss an BGH WM 2018, 1801)	796
Bundesgerichtshof	30.10.2019	VIII ZR 177/18	Konkrete Berechnung des Kündigungsschadens des Mietverkäufers/Leasinggebers bei vorzeitiger Beendigung eines Mietkauf- oder Leasingvertrags, wenn sich eine von ihm verwendete Formularbestimmung über die Abzinsung der Mietkauf- beziehungsweise Leasingraten als unwirksam erweist; zur Darlegung des konkret entstandenen Schadens in Bezug auf Refinanzierungskosten, deren Ersparnis im Rahmen der Schadensberechnung anspruchsmindernd zu berücksichtigen ist	800
Bundesgerichtshof	4.9.2019	XII ZR 52/18	Kein Eintritt des Erwerbers eines Grundstücks in den Mietvertrag, wenn dem Mieter nur gestattet war, ein im Eigentum des Vermieters stehendes Grundstück zu benutzen, das nicht Gegenstand des Mietvertrags war; zum Sonderkündigungsrecht nach § 111 InsO	802
ArbG Osnabrück	5.11.2019	3 Ca 229/19	Keine Überwälzung der Leasingraten auf erkrankten Arbeitnehmer	807

Bücherschau

Andreas Kark	Compliance-Risikomanagement, 2. Aufl.	810
--------------	---------------------------------------	-----

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Vizepräsident des BGH Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Karlsruhe; Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Koppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M., Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: h.back@wmrecht.com;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Offsetdruckerei E. Sauerland GmbH, Am Spitalacker 1, 63571 Gelnhausen, Telefon (0 60 51) 5 38 38-10.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 97,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,40) + € 7,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,52 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2020 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main - ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z62
k.ö.ö.

wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Zeitschrift für österreichisches
und europäisches Wirtschaftsrecht

April 2020 (34. Jahrgang)

Mag. Shivam Subhash und
Ing. Dominik Stadler:

**Die Emission von Wertrechten auf Basis verteilter
elektronischer Register – Distributed Ledger Technology** 181

Univ.-Ass. MMag. Luca Caramanica:

**Zur Haftung von Kartellbeteiligten auch gegenüber
nicht am betroffenen Markt als Nachfrager oder
Anbieter tätigen Personen** 194

Univ.-Prof. Dr. Michael Gruber:

Sind Unternehmensanleihen PRIPs? 199

DDr. Franz W. Urlesberger:

Europarecht: Das Neueste auf einen Blick 202

Rechtsprechung

Nr. 62–82

• **Europarecht**

62. Sozialpolitik: Soziale Sicherheit der Wander-
erwerbstätigen – Koordinierung der Systeme der
sozialen Sicherheit – Rehabilitationsgeld (Österreich)
(EuGH 5. 3. 2020, Rs C-135/19) 207

63. Verbraucherschutz: Zur Verpflichtung zur
Überprüfung der Kreditwürdigkeit des
Verbrauchers durch den Kreditgeber
(EuGH 5. 3. 2020, Rs C-679/18) 209

64. Verbraucherschutz/Verfahrensrecht:
Zur gerichtlichen Zuständigkeit bei Klagen nach der
FluggastrechteVO – Begriff des „Erfüllungsortes“
(EuGH 13. 2. 2020, Rs C-606/19) 213

65. Arbeitsrecht: Zur Auslegung der Betriebs-
übergangs-RL (EuGH 27. 2. 2020, Rs C-298/18) 215

66. Verbraucherschutz: Vertragsklausel-RL –
Zur Berücksichtigung aller anderen Klauseln des
Vertrags für die Beurteilung der Missbräuchlichkeit
der angefochtenen Klausel
(EuGH 11. 3. 2020, Rs C-511/17) 218

67. Weiteres Urteil (Kurzinformation) 222

• **Arbeitsrecht**

68. Zur Sozialwidrigkeit einer Kündigung von
älteren Arbeitnehmern
(OGH 30. 10. 2019, 9 ObA 86/19s) 224

69. Sittenwidriger Einwand des Verfalls
(OGH 30. 10. 2019, 9 ObA 93/19w) 227

70. Kein Verfall von Zeitguthaben
(OGH 30. 10. 2019, 9 ObA 75/19y) 228

71. Voraussetzungen für Ruhepausen
(OGH 25. 10. 2019, 8 ObA 56/19x) 230

72. Kündigungsschutz bei Väterkarenz
(OGH 28. 11. 2019, 9 ObA 70/19p) 231

73. Klage auf Bruttolohn-Verfallfrist
(OGH 17. 12. 2019, 9 ObA 130/19m) 232

• **Unternehmensrecht**

74. Zur Abberufung von Vorstandsmitgliedern
einer Privatstiftung wegen grober Pflichtverletzung
(OGH 24. 9. 2019, 6 Ob 86/19v) 233

75. Zur gerichtlichen Ernennung eines Liquidators
für eine GmbH (OGH 24. 9. 2019, 6 Ob 160/19a) 233

• **Wettbewerbs- und Urheberrecht**

76. Zur lauterkeitsrechtlichen Verfolgbarkeit von
Verstößen gegen Datenschutzrecht; zum Verstoß
gegen Ständesrecht und zur Täuschung über den
Werbecharakter einer Mitteilung
(OGH 26. 11. 2019, 4 Ob 84/19k) 233

77. Zum Werkcharakter von Lichtbildern; zum
Auseinanderfallen von Urheberrecht und Leistungs-
schutzrecht an Lichtbildern
(OGH 19. 12. 2019, 4 Ob 226/19t) 236

• **Öffentliches Wirtschaftsrecht**

78. Einzugsgebiet und Wartezeiterhebung bei der
Bedarfsprüfung (VwGH 27. 9. 2019, Ro 2017/11/0019) 238

79. Handelsrechtliche Geschäftsführerin als
verantwortliche Beauftragte
(VwGH 29. 1. 2020, Ra 2019/09/0058) 239

80. Wiederholungstat gem § 52 Abs 2 GSpG
(VwGH 17. 1. 2020, Ra 2019/09/0019) 240

81. Jahresfrist bei gewerberechtlichen Bescheiden
(VwGH 17. 12. 2019, Ra 2019/04/0122) 240

82. Subsidiarität des Verwaltungsstrafrechts
(VwGH 13. 12. 2019, 2019/02/0020) 240

Impressum 240

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

verlagoesterreich.at

wbl.voe.at

VERLAG

ÖSTERREICH

D3-Z92

Herausgeber

Prof. Dr. Helmut Köhler

Prof. Dr. Christian Alexander

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Büscher

Prof. Dr. Franz Hacker

Dr. Gangolf Hess

Prof. Dr. Thomas Koch

Prof. Dr. Stefan Leible

Dr. Reiner Münker

In Zusammenarbeit mit der
Zentrale zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbs
Frankfurt am Main e.V.

dfv Mediengruppe
Frankfurt am Main

Editorial: Prof. Dr. Helmut Köhler

Rechtssicherheit für Influencer – eine Aufgabe für den deutschen Gesetzgeber?

- 387 **Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens**
Vom Ende der Risikohaftung des § 945 ZPO bei Verletzung von Rechten des Geistigen Eigentums
- 391 **Prof. Dr. Alexander Peukert**
Faktenchecks auf Facebook aus lauterkeitsrechtlicher Sicht
- 399 **Prof. Dr. Stefan Leible und Felix Orgies**
Rechtsprechungsreport Lebensmittelrecht 2019
- 408 **Prof. Dr. Moritz Hagenmeyer**
Zwölfte Beleuchtung der Rechtsprechung zur VO (EG) Nr. 1924/2006 über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben
- 416 **Dr. Reto Mantz**
Erfahrungen mit dem Recht auf Waffengleichheit im einstweiligen Verfügungsverfahren
- 425 **Dr. Maximilian Wanderwitz**
Die Regulierung digitaler Überzeugungstechnologien
- 433 **Sebastian Louven**
Update zum Kartellrecht der Informationsgesellschaft
- 438 **Constantin Film Produktion/EUIPO („Fack Ju Göhte“)**
EuGH, Urteil vom 27.02.2020 – C-240/18 P
- 443 **Ersatzteilinformation II**
BGH, Urteil vom 30.01.2020 – I ZR 40/17
- 446 **Inbox-Werbung**
BGH, Beschluss vom 30.01.2020 – I ZR 25/19
- 452 **Sportwetten in Gaststätten**
BGH, Urteil vom 07.11.2019 – I ZR 42/19
- 456 **Kulturchampignons II**
BGH, Urteil vom 16.01.2020 – I ZR 74/16
- 459 **Culatello di Parma**
BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 21/19
- 465 **ÖKO-TEST I**
BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 173/16
- 470 **ÖKO-TEST II**
BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 117/17
- 476 **Kommentar von Dr. Ulrich Franz**

BEITRÄGE

Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens, Osnabrück Vom Ende der Risikohaftung des § 945 ZPO bei Verletzung von Rechten des Geistigen Eigentums	387
Prof. Dr. Alexander Peukert, Frankfurt a. M. Faktenchecks auf Facebook aus lauterkeitsrecht- licher Sicht	391
Prof. Dr. Stefan Leible, Bayreuth und Felix Ortgies, Berlin Rechtsprechungsreport Lebensmittelrecht 2019	399
RA Prof. Dr. Moritz Hagenmeyer, Hamburg Zwölfte Beleuchtung der Rechtsprechung zur VO (EG) Nr. 1924/2006 über Nährwert- und gesundheits- bezogene Angaben	408
Richter am LG Dr. Reto Mantz, Frankfurt a. M. Erfahrungen mit dem Recht auf Waffengleichheit im einstweiligen Verfügungsverfahren	416
Dr. Maximilian Wanderwitz, München Die Regulierung digitaler Überzeugungstechno- logien	425
RA Sebastian Louven, Oldenburg Update zum Kartellrecht der Informations- gesellschaft	433

RECHTSPRECHUNG

EuGH

Constantin Film Produktion/EUIPO („Fack Ju Göhte“) VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 7 Abs. 1 Buchst. f) EuGH, Urteil vom 27.02.2020 – C-240/18 P	438
--	-----

BGH

Ersatzteilinformation II UWG § 3a; VO (EG) Nr. 715/2007 Art. 6; VO (EG) Nr. 692/2008 Ziffer 2.1 Abs. 4 des Anhangs XIV; VO (EU) Nr. 566/2011 BGH, Urteil vom 30.01.2020 – I ZR 40/17	443
Inbox-Werbung RL 2002/58/EG Art. 2 S. 2 Buchst. h, Art. 13 Abs. 1; RL 2005/29/EG Nr. 26 des Anhangs I; UWG § 7 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 3, Abs. 2 Nr. 4 Buchst. a BGH, Beschluss vom 30.01.2020 – I ZR 25/19	446
Sportwetten in Gaststätten SpielV § 3 Abs. 1 S. 1; GlüStV § 21 Abs. 2 BGH, Urteil vom 07.11.2019 – I ZR 42/19	452
Kulturchampignons II VO (EG) 1234/2007 Art. 113a Abs. 1; VO (EU) Nr. 1308/2013 Art. 76 Abs. 1; VO (EWG) Nr. 2913/92 Art. 23; VO (EU) Nr. 952/2013 Art. 60 Abs. 1; VO (EU) Nr. 1169/2011 Art. 7 Abs. 1 Buchst. a; RL 2000/13/EG Art. 2 Abs. 1 Buchst. a Ziff. i; UWG §§ 3, 3a, 5 Abs. 1, 8; LFGB § 11 Abs. 1 Nr. 1 BGH, Urteil vom 16.01.2020 – I ZR 74/16	456
Culatello di Parma Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 Art. 13 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. b; Abs. 3; MarkenG § 135 Abs. 1 S. 1, S. 3; UWG § 8 Abs. 3 Nr. 2 BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 21/19	459
ÖKO-TEST I VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 Abs. 1 S. 2 Buchst. c, Art. 102 Abs. 1 S. 1; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 Abs. 2 Buchst. c, Art. 130 Abs. 1 S. 1 BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 173/16	465
ÖKO-TEST II VO (EG) Nr. 207/2009 Art. 9 Abs. 1 S. 2 Buchst. a und c, Art. 102 Abs. 1 S. 1; VO (EU) Nr. 2017/1001 Art. 9 Abs. 2 Buchst. c, Art. 130 Abs. 1 S. 1 BGH, Urteil vom 12.12.2019 – I ZR 117/17	470
Kommentar von RA Dr. Ulrich Franz	476
Front kit VO (EG) Nr. 6/2002 Art. 4 Abs. 2 Buchst. b, Art. 6 Abs. 1, Art. 11 Abs. 1 und 2 S. 1 BGH, Beschluss vom 30.01.2020 – I ZR 1/19	478

Yelp

Brüssel I-VO Art. 7 Nr. 2; Rom II-VO Art. 1 Abs. 1 S. 1 Abs. 2 lit. g; EGBGB Art. 40 Abs. 1 S. 2; BGB § 823 Abs. 1 § 824 Abs. 1, § 1004 Abs. 1 BGH, Urteil vom 14.01.2020 – VI ZR 496/18	483
---	-----

OGH

Digitale Vignette – Digitale Streckenmaut öUWG § 1 Abs. 1 Nr. 2, Anh Nr. 18; FAGG §§ 1 Abs. 1, Abs. 2, 4 Abs. 1, 7, 11, 18 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 11; öMSchG § 4 Abs. 1 Nr. 3 OGH, Beschluss vom 19.12.2019 – 4 Ob 90/19z	488
---	-----

KG

3 Jahre kostenlose Batterien UWG § 3a; HWG § 7 KG, Urteil vom 17.12.2019 – 5 U 50/19	495
---	-----

OLG Frankfurt a. M.

Voraussetzungen für eine Anstifterhaftung im Lauterkeitsrecht StBerG § 57; UWG §§ 3, 3a OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 19.12.2019 – 6 U 155/18	498
---	-----

OLG Hamburg

Missbräuchliche Anspruchsverfolgung bei Bagatelverstoß und § 13 Abs. 7 TMG als Marktverhaltensregelung UWG §§ 3a, 8 Abs. 4; BGB § 242; TMG § 13 Abs. 7 OLG Hamburg, Urteil vom 28.11.2019 – 15 U 29/19	499
---	-----

Kein Anwendungsbereich mehr für § 13 Abs. 1
TMG nach Inkrafttreten der DSGVO

TMG § 13 Abs. 1; DSGVO Art. 13; UWG § 3a OLG Hamburg, Hinweisbeschluss vom 10.12.2019 – 15 U 90/19	505
--	-----

OLG Hamm

Informationspflichten bezüglich Bestehen und Bedingungen von Garantien UWG § 3a; BGB §§ 312d Abs. 1 S. 1, 479; EGBGB Art. 246a § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 OLG Hamm, Urteil vom 26.11.2019 – 4 U 22/19	507
--	-----

OLG Stuttgart

Bestimmte Informationspflichten aus Art. 13 DSGVO als Marktverhaltensregelungen UWG §§ 3a, 8 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 2; DSGVO Art. 13 Abs. 1 lit. a, c, Abs. 2 lit. a, b, d, e, Art. 80; TMG § 13 Abs. 1 S. 1 OLG Stuttgart, Urteil vom 27.02.2020 – 2 U 257/19	509
--	-----

LG Dortmund

Preisangaben in der Möbelwerbung UWG §§ 3a, 8 Abs. 1, Abs. 3; PAngV § 1 LG Dortmund, Urteil vom 27.11.2019 – 20 O 19/19	516
--	-----

LG Köln

Pflichttext UWG § 4; HWG § 4 LG Köln, Urteil vom 07.01.2020 – 81 O 90/19	517
---	-----

LG München I

10% Rabatt auf alle Operationen UWG §§ 3, 3a; GOÄ § 5 LG München I, Urteil vom 19.12.2019 – 17 HK O 11322/18	518
--	-----

LG Stuttgart

Codierung von Steuergeräten UWG §§ 3a, 5 Abs. 1 S. 1 und S. 2 Nr. 3; HwO §§ 1, 7 ff. LG Stuttgart, Urteil vom 12.12.2019 – 11 O 334/19	520
---	-----

VG Freiburg

Fruchtgummi „ohne künstliche Farbstoffe“ VO (EU) Nr. 1169/2011 Art. 7 Abs. 1 VG Freiburg, Urteil vom 10.12.2019 – 8 K 6149/18	524
--	-----

LEITSÄTZE	529
------------------------	-----